

Aus dem Inhalt:

- 0 Aus dem Gemeinderat
- 0 Rechnungshofbericht
- 0 Bezügeerhöhung
- 0 Pflegeheim Wegwarte
- 0 Krampusaktion Regress

Wieviele Einkaufszentren braucht der Mensch?

Einkaufszentren wachsen wie Schwammerl aus dem Boden. In Knittelfeld wird das „Einkaufszentrum-West“ erweitert. Der Forstinger wird abgerissen, die dahinter liegende Wiese verbaut. Dagegen gab es sehr viele Einsprüche, deutlich mehr als bei anderen Projekten. Ein Zeichen dafür, wie fragwürdig die ganze Sache ist.

Mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP BZÖ wurden die zahlreichen Einsprüche im Gemeinderat abgewiesen, und die rechtlichen Grundlagen für der Erweiterung des Einkaufszentrums-West geschaffen. Schade, denn dieses Projekt nützt vor allem den großen Handelskonzernen und ist ein weiterer Sargnagel für die Geschäfte in der Innenstadt.

Es stellt sich mit diesem Projekt wieder einmal die Frage: Wie viele Einkaufszentren braucht der Mensch? Einkaufstempel schießen aus dem Boden, Grünflächen werden verbaut. Gleichzeitig gibt es immer mehr leerstehende Geschäfte, die Innenstädte sterben aus. Ganze Hallen stehen leer, denn es gibt keinen Rückbau der verbauten Flächen.

Überall verdrängen die Handelskonzerne die alteingesessenen Betriebe. Jede Stadteinfahrt sieht beinahe gleich aus, denn in jedes neue Einkaufszentrum ziehen die gleichen Handelsketten ein. Es entstehen immer größere Verkaufsflächen und gleichzeitig haben die Menschen immer weniger Geld zum Ausgeben. Denn seit dem EU-Beitritt sind Löhne und Gehälter gemessen am gesamten Volkseinkommen gesunken und die Pensionserhöhungen der letzten Jahre waren ein Witz.

Nachdem im Geldbörsel immer weniger bleibt, entsteht ein beinhardter Verdrängungswettbewerb, bei dem die Kleinen auf der Strecke bleiben. Gleichzeitig durchdringt eine Ideologie des "Raunz nicht, kauf" alle Lebensbereiche. Die Menschen sollen ständig konsumieren.

Der gesellschaftliche Status und Wert eines Menschen soll danach bewertet werden, was man/frau sich leisten kann. Nur ständiger Konsum soll Wirtschaft und Lebensglück beflügeln. Alles keine wünschenswerten



Entwicklungen – deshalb hat die KPÖ der Erweiterung des Einkaufszentrums-West nicht zugestimmt.

Die KPÖ hat als einzige Fraktion gegen den ersten Teil des Einkaufszentrums-West gestimmt. Wir fürchteten um die Innenstadt und den EURO-Spar in der Schubertstraße. Nun sind im Budget der Stadtgemeinde nächstes Jahr unter dem Titel „Stadtentwicklungskonzept“ 50.000 Euro veranschlagt. Im mittelfristigen Finanzplan sind es für 2015 und 2016 jeweils 200.000 Euro. Auch die Wirtschaftsförderung für die Innenstadt wurde verbessert.

Das Projekt Einkaufszentrum-West erfreut sich der Unterstützung von SPÖ, ÖVP und BZÖ. Nun soll in die Tasche gegriffen werden um auch die Innenstadt neu zu beleben. Eine Hoffnung für die Innenstadt. Nun wird Geld ausgegeben um die Folgewirkungen der Entscheidung zur Forcierung des Einkaufszentrums-West abzumildern. Wenn Einkaufszentren am Stadtrand gefördert werden, ob dann die schönsten und teuersten Konzepte noch viel nützen?

GemeindefunktionärInnen: Saftige Erhöhung der Bezüge

Wir alle sollen sparen, so wird es uns immer wieder vorgebetet. Bei den Bezügen der GemeindefunktionärInnen hat sich die allgemeine Sparwut plötzlich in Luft aufgelöst. Der jährliche Bürgermeisterbezug steigt im Jahr 2014 von 78.000 auf 90.100 Euro. Eine stolze Gehaltserhöhung von rund 15,5 Prozent, von der „normalen“ BürgerInnen nur träumen können.

Nachdem sich der Bürgermeisterbezug erhöht, steigen auch die Bezüge der anderen GemeindefunktionärInnen. Der Vize-Bürgermeister, die Finanzreferentin, die Stadträte - sie alle können ab nächstes Jahr über nette Erhöhungen freuen. Auch die Bezüge der Ausschussvorsitzenden werden mitgehoben. In Summe steigen die Ausgaben für den Gemeinderat dadurch um über 35.000 Euro.

Überall findet man für das Budget noch Kürzungspotenzial oder man kommt auf absurde Ideen, wie z.B. die Einführung eines Beitrags von 25 Euro pro Kindergartenkind und Semester für Bastelmaterial.

Gibt es bei den GemeindefunktionärInnen großzügige Erhöhungen, ist man in anderen Fragen leider knausrig

Der Taxigutschein hat sich um einen Euro verteuert. Mehrmals haben wir vorgeschlagen diese Erhöhung wenigstens für MindestpensionistInnen und Menschen, die Mindestsicherung beziehen, aufzufangen. Bisher leider ohne Erfolg.

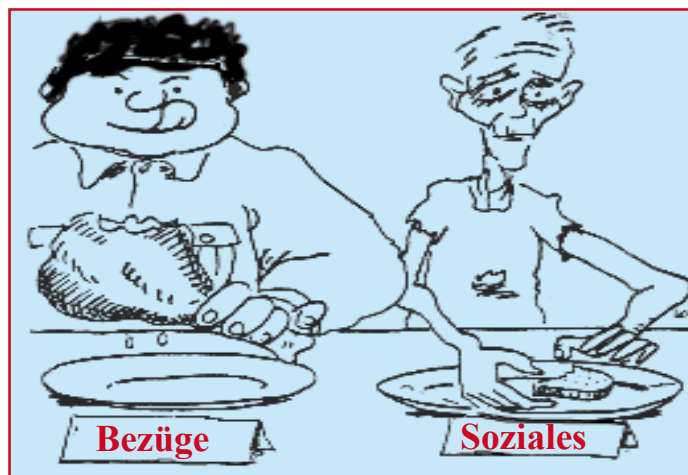
Auch eine **Anhebung der Weihnachtsunterstützung** für Menschen, die Mindestsicherung beziehen, konnten wir nicht erreichen. Diese Menschen gehören zu den Ärmsten in unserer Gesellschaft. Eine Anhebung der Weihnachtszuwendung von 25 auf 40 Euro würde im Jahr rund 1.300 Euro kosten. Kein großer Betrag für die Gemeinde, aber für Menschen mit kleinem Einkommen zählt jeder Euro.

Bezüge der GemeindefunktionärInnen monatlich, brutto, 14 mal pro Jahr

	2013	2014
Bürgermeister:	5.572	6.380
Vizebürgermeister:	1.672	1.914
Finanzreferentin:	1.672	1.914
Stadträte:	1.114	1.276
Ausschussvorsitzende	1.114	1.276
Prüfungsausschussvorsitz	743	850

Die KPÖ fordert seit Jahren die Bezüge der PolitikerInnen zu senken. Im Landtag haben wir mehrmals Anträge eingebracht, die Politeinkommen um 30 Prozent zu kürzen. Unsere Anträge wurden von SPÖ, ÖVP, Grünen und FPÖ abgelehnt.

Wir lehnen auch die Erhöhung der Bezüge der GemeinderfunktionärInnen ab. Wie sollen PolitikerInnen die Sorgen und Nöte der Menschen nachvollziehen können, wenn sie sich mit ihrem Einkommen so von ihren WählerInnen abheben?



Für KPÖ-PolitikerInnen gibt es eine Einkommensgrenz von 2.200 Euro. Was darüber hinausgeht, kommt in den KPÖ-Sozialfond. Damit unterstützen wir Menschen in Notlagen.

Seit der letzten Gemeinderatswahl ist die KPÖ mit Renate Pacher im Stadtrat vertreten. Diese Funktion ist mit einem Bezug verbunden.

Dieses Geld wird gemäß dem Statut unserer Partei zur Gänze an die KPÖ-Knittelfeld abgeliefert. Damit finanzieren wir unsere Gemeindezeitungen und unsere politische Arbeit.

SPÖ und ÖVP haben vor ein paar Tagen das Gesetz zur Gemeindegemeinschaft durchgepeitscht. Gleichzeitig steigen ab 2014 die Bezüge der GemeindefunktionärInnen kräftig. Da liegt der Gedanke nahe, dass damit wohl auch so mancher Widerstand gegen die Gemeindegemeinschaft abgekauft wurde.

Horst Wölle

UHREN UND SCHMUCK

Hauptplatz 6, 8720 Knittelfeld
Tel.: 03512/82 40 4

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: KPÖ-Knittelfeld, Friedensstraße 10, 8720 Knittelfeld. F.d. Inhalt verantwortlich: Pacher Renate. Druck: Fa. Kurz, Industriepark 2, 8682 Mürzzuschlag.



Regress, das war ihr letztes Wort...



Die KPÖ verteilte in mehreren steirischen Gemeinden zum Krampus- und Nikolotag Karten und Schokofiguren. Von links nach rechts: Jakob Matscheko und die vier KPÖ-GemeinderätInnen Lammer Elisabeth, Pacher Renate, Sonja Karimi, und Franz Moharitsch.

Pflegeregress, die Kürzung der Wohnbeihilfe, Spitalsnotstand in der Steiermark, Zwangsfusionen, Kinderarmut, neuerliche Erhöhung der Parteienförderung... Es gibt viele Gründe, warum der Krampus LH Voves und seinen Stellvertreter Schützenhöfer holen könnte.

„**Regress**, dass war ihre letztes Wort, dann holte sie der Krampus fort“ und „Wir wollen nicht mehr für den Regress bluten, darum gibt es heute für euch

Ruten“, steht auf der Krampuskarte, neben der Zeichnung von Voves und Schützenhöfer zu lesen.

Und das entspricht genau der Stimmung vieler Menschen. „Bei unserer Verteilaktion wurde wieder einmal klar, wie enttäuscht die Menschen darüber sind, dass der Regress immer noch nicht abgeschafft wurde. Das sture Festhalten am unsozialen Regress zeigt wie weit weg Voves und Schützenhöfer von den wahren Nöten und Sorgen der Menschen sind.

Pflegeheim Wegwarte: Fette Entschädigung für die Geschäftsführung, volle Haftung für die Gemeinde

Der Geschäftsführer der Kräutergarten-Gruppe, der ehemalige FPÖ- und jetzige BZÖ-Politiker Harald Fischl, informierte den Gemeinderat über das Budget für das Jahr 2014.

Bekanntlich hat die Gemeinde ihr Seniorenheim aufgegeben und ist mit der privaten Kräutergarten-Gruppe eine Partnerschaft eingegangen. Das Wegwarte-Heim wird nun von der Kräutergarten-Gruppe geführt. 2014 soll die Kräutergarten-Gruppe für die Geschäftsführung rund 608.000 Euro an Managementfee erhalten.

Volle Haftung ohne Gemeinderatsbeschluss

Nun hat der Rechnungshof die Gemeinde und auch die Wegwarte-Konstruktion geprüft. Auf Seite 521 des Prüfberichtes steht zu lesen: „Der RH kritisiert, dass die für die Haftungszusage der Gemeinde Knittelfeld vom Juli 2005 für die WSB (Wegwarte-Konstruktion) erforderlichen Gemeinderatsbeschlüsse und Genehmigungen der Aufsichtsbehörde nicht vorlagen.

Weiters wies er darauf hin, dass die Gemeinde nicht nur das wirtschaftliche Risiko (Gewinn/Verlust) der Gesellschaft trug, sondern im Haftungsfall als voll haftende Gesellschafterin das finanzielle Risiko in unbeschränkter Höhe und nicht

nur in Höhe der Haftungszusage zu tragen hätte.“

Für die private Kräutergarten-Gruppe fließen aus dem Wegwarteheim jedes Jahr stolze Beträge. Im Falle wirtschaftlicher Schwierigkeiten trägt allerdings die Gemeinde, und damit alle KnittelfelderInnen, das volle Risiko - und das ohne Gemeinderatsbeschluss!!! Spätestens seit der Hypo-Alpe-Adria wissen wir, dass Haftungen keineswegs harmlos sein können.

Die KPÖ ist als einzige Partei von Beginn an gegen diese Konstruktion der SeniorInnenbetreuung mit einem privaten, gewinnorientierten Partner aufgetreten. Die Gemeinde hätte das Heim selbst errichten können, anstatt jedes Jahr Unsummen in die Taschen einer privaten Gesellschaft fließen zu lassen. Gewinnstreben hat im Pflegebereich nichts verloren. Wir sehen unsere Bedenken durch den Rechnungshofbericht voll bestätigt.

Ertragreich und sicher.

www.raiffeisen.at/knittelfeld

**Raiffeisenbank
Knittelfeld**



Rechnungshof prüfte die Gemeinde



Der Rechnungshof hat die Gemeinde Knittelfeld geprüft. Eines der erfreulichsten Dinge an diesem Prüfbericht ist, dass es ihn überhaupt gibt. Erst seit kurzem darf der Rechnungshof Gemeinden unter 20.000 EinwohnerInnen prüfen. Ein Prüfrecht für alle Gemeinden war schon lange eine Forderung der KPÖ. Es hat vieler Jahre und einige Finanzskandale bedurft, bis es soweit war. Hätte es dieses Prüfungsrecht des Rechnungshofes schon früher gegeben, wäre uns vielleicht der Finanzskandal mit dem Geheimkonto erspart geblieben.

Der Prüfbericht enthält wichtige Ergebnisse und Informationen, die wir sonst wohl nicht bekommen hätten.

Maßnahmenkatalog

Zum Thema Kürzungen steht auf Seite 510: „Dabei entwickelte die Gemeinde u.a., unter Beiziehung eines externen Beraters, einen Maßnahmenkatalog, zur Erzielung von Einsparungen und Mehreinnahmen, der seit 2010 in Teilbereichen bereits umgesetzt wurde. Dies betraf etwa die Reduktion oder Streichung von Transfers und Förderungen, die Vertragsumstellung bei Gebäudereinigungsleistungen und die Anpassung von Gebühren.“

Im Gemeinderat wurde das nie beschlossen. Wir kennen weder die Kosten für den Berater noch den Inhalt des Maßnahmenkatalogs. Nachdem der Katalog erst „teilweise“ umgesetzt wurde, auf welche „Grausamkeiten“ müssen wir uns noch gefasst machen?

Weitere Auslagerungen

Auf Seite 533 steht zum Thema Personalausgaben: „Weiters kündigt sie (die Gemeinde) weitere Auslagerungen (Kindergarten) an.“

Offensichtlich war die Vergabe der alterserweiterten Kindergartengruppe im Kindergarten Kärntnerstraße an die Volkshilfe nur ein Testballon. Auslagerungen haben sich oft als Nachteil für KundInnen und Personal erwiesen. Auch das Prüfungsrecht für ausgelagerte Betriebe ist eingeschränkt. Die KPÖ ist strikt gegen solche Auslagerungen.

Kanalgebühren

Sehr aufschlussreich ist, was zum Thema Kanalgebühren nachzulesen ist. Auf Seite 541: „In den Jahren 2007 bis 2010 entnahm die Gemeinde Gewinne aus dem Bereich der Abwasserbeseitigung im Ausmaß von rd. 332.000 EUR und verwendete diese Mittel für Ausgaben im ordentlichen Haushalt.“

Auf Seite 542: „Für den Umbau der Kläranlage nahm die Gemeinde im Jahr 2005 ein Darlehen in der Höhe von 4,61 Mio. EUR auf. Der Darlehensbetrag überstieg, wie sich im Jahr 2008 herausstellte, die Projektkosten um rd. 1,00 Mio. EUR. Dieser Betrag wurde im selben Jahr (2008) unter „Rückführung aus dem außerordentlichen Haushalt“ dem ordentlichen Haushalt zugewiesen. Die Gemeinde führte allerdings nur rd. 750.000 EUR des nicht benötigten Darlehensvolumens (in der Höhe von 1,00 Mio. EUR) unmittelbar an das Kreditunternehmen zurück.“

Das bedeutet 250.000 Euro wurden für andere Vorhaben verwendet. Diese beiden Vorgehensweisen wurden vom Rechnungshof kritisiert. Die KPÖ hat immer wieder kritisiert, dass einige Gemeindetarife zu hoch sind und die Überschüsse herangezogen werden, um andere Vorhaben im Budget zu finanzieren. So zahlten die KnittelfelderInnen höhere Gebühren als zur Kostendeckung nötig war.

Kläranlage:

Falsche Aufteilung der Kosten?

Der Rechnungshof hat auch die Kläranlage geprüft und festgestellt, dass es eine große Differenz zwischen der Menge der genehmigten und der tatsächlichen Einleitungen gibt. Deshalb weist er auf Seite 551 hin dass, auf Grund dieser großen Differenz „...für die Aufteilung der Betriebskosten die Möglichkeit einer nicht-verursachergerechten Belastung der Verbandsmitglieder bestand.“

Dazu die Antwort der Gemeinde: „Die Gemeinde teilte in ihrer Stellungnahme mit, dass die vom RH festgestellte Differenz fast ausschließlich von einem großen einleitenden Betrieb stamme. Nach zahlreichen Gesprächen zwischen der Betriebsleitung und der Gemeinde seien als erster Schritt die gemeldeten EW (Einwohnerwerte) um rd. 30 % erhöht worden. Als weiterer Schritt werde die Abwassereinbringung des Betriebs, der derzeit Anlagenumbauten durchführe, in das öffentliche Abwassersystem evaluiert werden. Bis zur Fertigstellung des Umbaus würden die zu gering gemeldeten EW den tatsächlich gelieferten angepasst und die Differenz dem Unternehmen in Rechnung gestellt werden.“

Querfinanzierung eines Betriebs?

Was hier niedergeschrieben ist, wirft viele Fragen auf. Um welchen Betrieb handelt es sich, um welche Summen geht es? Nach dem der Rechnungshof die Möglichkeit in den Raum gestellt hat, dass Kosten möglicherweise nicht verursachergerecht aufgeteilt wurden, wer hat dann möglicherweise zu viel bezahlt? Da maßgeblichen Zahler die privaten Haushalte sind, haben private Haushalte möglicherweise einen Betrieb quersubventioniert? Das alles sind wichtige Fragen - und diese Fragen hat die KPÖ in der letzten Gemeinderatssitzung gestellt.

Fortsetzung ➔

Fortsetzung ↻**2003 - 2013: Zehn Jahre Gebührenerhöhung für die Kläranlage!****Wann kommt die Gebührensenkung?**

Im Jahr 2003 wurden die Kanalgebühren gegen die Stimmen der KPÖ um 30 Cent pro Kubikmeter erhöht. Damit sollte der Neubau der Kläranlage finanziert werden. Der Bürgermeister hat öffentlich versprochen, dass die Gebührenerhöhung zurückgenommen wird, wenn die Kläranlage ausfinanziert ist. Wie viel ist in den letzten zehn Jahren durch die 30-Cent-Erhöhung hereingekommen? Vielleicht ist die Kläranlage schon längst abbezahlt?

Außerdem steht im Rechnungshofbericht, dass die Kläranlage um eine Million billiger war als gedacht, und dass Geld von den Kanalgebühren ins allgemeine Budget geflossen sind. Und dass möglicherweise eine Nachzahlung eines Betriebes erfolgen könnte. **Alles gute Gründe für eine Gebührensenkung!!!**

Der Bürgermeister und Vize-Bürgermeister Markus Schöck waren von unseren Ausführungen und Fragen wenig angetan. Die Beantwortung der Fragen war nur kümmerlich. Es ist nun Aufgabe des Prüfungsausschusses und des Gemeinderates diese Fragen zu klären. Das sollte - ebenso wie eine Gebührensenkung - auf die Tagesordnung der nächsten Gemeinderatssitzungen.

Viele Parteien haben ihr Herz für die MieterInnen entdeckt und fordern - zu Recht - dass die Mieten billiger werden müssen. Ein wichtiger Kostentreiber sind die Betriebskosten. Hier die aufgeworfenen Fragen genau zu prüfen und sich für eine Gebührensenkung einzusetzen ist der beste konkrete Beitrag zur Mietensenkung!

Widerstand gegen den Faschismus Immer noch aktuell!

Jedes Jahr ehren Gemeinde und Eisenbahnergewerkschaft in einer Kranzniederlegung vor dem KZ-Denkmal jene KnittelfelderInnen, die im antifaschistischen Widerstand ermordet wurden.

Heuer war dieses Gedenken besonders berührend. Betriebsratsvorsitzender Hans Siegl gedachte der WiderstandskämpferInnen in einer Rede. Außerdem waren die SchülerInnen der Rosegger 3c Klasse mit ihrem Lehrer Gregor Kristandl dabei. Die SchülerInnen interessierten sich sehr für das Denkmal und seine Bedeutung. Die Idee der Übernahme einer Patenschaft für das Denkmal wurde geboren.

Das falsche Lied vom Sparen

Der Rechnungshof fand viel Lob für die Kürzungen und Einsparungen in der Gemeinde und damit verbunden, die Senkung von Ausgaben und Verschuldung. Wir verstehen natürlich, dass Rechnungsprüfer sich über Kürzungen freuen, aber politisch ist dieser Kürzungswahn der falsche Weg.

Sogar der Rechnungshof stellt in seinem Bericht selbst fest, dass das Geld, das die Gemeinde von Bund und Land bekommt immer weniger wird. Z.B. auf Seite 492: „...gingen die Ertragsanteile (Geld vom Bund) von 2008 bis 2010 um 15,4 Prozent zurück.“ Auf den nachfolgenden Seiten wird dargestellt, dass die Transferzahlungen zu Land und Verbänden immer mehr zu Lasten der Gemeinde gehen.

Bund und Land hungern die Gemeinde aus. Wenn immer weniger Geld hereinkommt, ist es absurd von den Gemeinden noch mehr Kürzungen zu verlangen. Denn das alles geht auf Kosten der BürgerInnen. Die Antwort müsste Widerstand und nicht noch mehr Kürzungen sein.

Je mehr die Gemeinden durch Kürzungen und Belastung der Bevölkerung hereinholen, desto leichter tut sich der Bund mit den Milliarden für die Banken- und EURO-Rettung. Es ist eine Schande, dass die neue SPÖ-ÖVP Regierung in ihrem neuen Programm viele Belastungen für die Bevölkerung und Milliarden für die Banken (z.B. Hypo-Alpe-Adria) vorsieht, aber keine Maßnahme für eine Besteuerung der riesigen Vermögen, die eine kleine Elite in unserem Land besitzt.

Wer beim Kürzungswahnsinn der öffentlichen Haushalte wie ein Sparefroh mitmacht, unterstützt diese falsche Politik. Es ist genug Geld vorhanden, es ist nur in den falschen Händen!

Das ist ein positives Signal. Was damals geschehen ist, kann - in anderer Form - jederzeit wieder geschehen. Denn leider sind bestimmte Denkmuster nach wie vor aktuell. Waren es früher „die Juden“, die als Sündenbock für die Ängste und Nöte der Menschen herhalten mussten, sind es heute die „Ausländer“ und der Islam. Dazu werden Gerüchte und Geschichten in die Welt gesetzt, die die Empörung anheizen sollen.

Vielen Menschen geht es schlecht. Das Einkommen reicht kaum zum Auskommen. Viele haben Angst vor der Zukunft. Gleichzeitig wird eine kleine Elite immer reicher und die Menschen fühlen sich immer ohnmächtiger. Es ist verständlich und berechtigt, dass sich Zorn ansammelt. Um die Macht und den Reichtum der Eliten nicht in Gefahr zu bringen, werden neue Sündenböcke erfunden. So hat die Wut ein Ventil. Aus der Geschichte lernen bedeutet auch, sich nicht gegenseitig verhetzen zu lassen.

Kulturhaus: Neuer Pächter – alte Miete

Die Höhe der Pacht für das Kulturhausrestaurant sorgte öfters für Diskussionsstoff. Vom Vorpächter wurde eine monatliche Pacht von 500 Euro zuzüglich Steuer eingehoben. Die KPÖ hat das mehrmals als zu niedrig kritisiert. Nun wurde das Kulturhaus-Restaurant neu verpachtet, der Pachtzins blieb bei 500 Euro (wertgesichert). Die KPÖ hat folgenden Antrag gestellt:

Der Gemeinderat der Stadt Knittelfeld beschließt die Höhe des Pachtzinses für das Kulturhausrestaurant zwei Jahre lang auf monatlich 500 Euro zuzüglich der gesetzlichen Umsatzsteuer festzulegen. Danach wird über den Pachtzins neu verhandelt, wobei eine Anhebung des Pachtzinses anzustreben ist.

Begründung:

Die KPÖ begrüßt es sehr, dass es für den Gastronomiebereich des Knittelfelder Kulturhauses nun wieder einen Pächter gibt. Um dem neuen Pächter gute Startbedingungen zu geben, soll der Pachtzins in den ersten zwei Jahren niedrig angesetzt werden, dann allerdings sollte der Pachtzins angehoben werden.

Laut Vertrag pachtet der neue Betreiber den Restaurantbetrieb mit insgesamt rund 317 m², das Theatercafe mit rund 53 m², den Gastgarten mit 239 m², die gastronomische Nutzung der Atriumbar mit rund 336 m², sowie Nebenräumlichkeiten im Ausmaß von rund 226 m². Für die Nutzung stehen daher rund 1.065 m² zur Verfügung. Der Restaurantbereich wurde auf Gemeindekosten neu renoviert. Die Räume werden mit Inventar verpachtet. Dafür ist eine monatliche Pacht von 500 Euro zuzüglich USt. vorgesehen.

Zum Vergleich: in der heutigen Gemeinderatssitzung steht die Vermietung eines Geschäftslokals im Rathaus auf der Tagesordnung. Hier werden 65 m² für monatlich 390 Euro zuzüglich USt. vermietet. Hier wird im Vertrag festgehalten, dass kein Inventar mit vermietet wird. Wir sind der Meinung hier stimmen die Relationen nicht. Ein 65 m² großes Geschäftslokal kostet beinahe ebensoviel wie der ganze neu renovierte Kulturhausrestaurantbetrieb inklusive Inventar. Für viele Wohnungen ist schon mehr an monatlicher Miete zu bezahlen. Um dem Betreiber einen guten Start zu ermöglichen, soll zwei Jahre lang eine niedrige Pacht bezahlt werden. Dann allerdings sollte der Pachtzins ansteigen.

Der Bürgermeister machte sich über unseren Antrag lustig. Er meinte, die KPÖ würde nichts von Wirtschaft verstehen. Der Antrag wurde von SPÖ, ÖVP, FPÖ und BZÖ abgelehnt. Wir meinen, Gemeindeeigentum ist ein hohes Gut und deshalb sollte der Pachtvertrag auch die Möglichkeit der Pachtanhebung vorsehen.

P.S.: Unsere Kritik richtet sich gegen die Gemeindevertretung, nicht gegen die jetzigen Nutzer, denen wir viel Erfolg wünschen. Der Pachtvertrag wurde mit der Don Camillo Gastro GmbH abgeschlossen. Diese Firma ist nun Pächterin des Kulturhaus-Restaurants. Die jetzigen Betreiber sind aber nur Nutzungsnehmer dieser Firma. Zu welchen Bedingungen die Don Camillo Gastro GmbH das Kulturhausrestaurant ihren Nutzern überlässt wissen wir nicht.

Aus dem Gemeinderat

Vermietung

An Frau Maria Nijazi wurde im Erdgeschoss des Rathauses ein Verkaufslokal vermietet. Die Nutzfläche beträgt 65 m³, die monatliche Miete beträgt 390 Euro zuzüglich Umsatzsteuer.

Subventionen

Der Schülerchor des BG/BRG Knittelfeld erhielt eine einmalige Subvention in der Höhe von 1.000 Euro. In diesem Chor wirken 125 SängerInnen zwischen 10 und 18 Jahren. Der Chor hat bereits durch verschiedenste Auftritte begeistert.

Die Caritas führt den Soziallebensmittelmarkt in der Herrngasse weiter. Dieser Lebensmittelmarkt gibt Menschen mit geringem Einkommen die Möglichkeit verbilligt einzukaufen.

Derzeit gibt es 199 Berechtigte, die dort mittels Einkaufspasses einkaufen können. Die Zahl der Menschen, die dort einkaufen steigt ständig. Ein Zeichen wie sich die soziale Lage verschlechtert.

Das Projekt hat einen Abgang von rund 14.000 Euro. Die Betreiber sind an mehrere Gemeinden um Unterstützung herangetreten. Eine einmalige Zahlung von 3.000 Euro wurde beschlossen.

*Wir wünschen allen Knittelfelder/innen
frohe Weihnachten,
alles Gute für 2014 Gesundheit, soziale
Sicherheit und Frieden!*

Ihre KPÖ-
GemeinderätInnen
und die
KPÖ-Knittelfeld



Renate Pacher



Franz Moharitsch



Elisabeth Lammer



Sonja Karimi

Knittelfelder

NACHRICHTEN

Herzlichen Dank

Einige KnittelfelderInnen haben uns eine Spende für unsere Zeitung geschickt.

**Wir bedanken
uns herzlich!**

Wenn auch Sie uns eine Spende für unsere Zeitung geben wollen, unsere Bankverbindung: Steiermärkische Sparkasse, IBAN: AT052081526000000617

Unterstützung bei der Aufbringung der Kautions

Für viele Menschen ist es ein großes Problem die Kautions für eine Wohnung aufzubringen. Der Suche nach einer Wohnung oder der Wechsel in eine neue Wohnung wird dadurch erschwert.

Ein Kautionsfond könnte Hilfestellung geben und wäre ein wichtiges soziales Anliegen. Das hat die KPÖ in der letzten Gemeinderatssitzung angeregt. Die Gemeinde vergibt Wirtschaftsförderungen bei Betriebsansiedelungen, aber auch jeder neue Bewohner unserer Stadt ist wichtig für das Gemeindebudget.

Aus dem Budget für 2014 geht hervor, dass bei den Wohn- und Geschäftsgebäuden rund 134.000 Euro an Gewinnentnahmen geplant sind. Das ist ein bedeutender Betrag, wenn Teile davon in einen Kautionsfonds fließen würden, wäre das eine große Hilfe. Es wäre eine schöne Einstiegsaufgabe für den neuen Bürgermeister hier zu einer guten Lösung zu kommen.

Knittelfeld braucht eine Sporthalle

Der Wunsch nach einer Sporthalle besteht schon viele Jahre. Anstatt die Investitionen zurückzufahren, bräuchte es hier einen Schritt nach vorn, meinte die KPÖ in der letzten Gemeinderatssitzung zum Budget 2014.

Der Bürgermeister antwortete, er hätte weniger Angst vor den Errichtungskosten, als vor den Kosten des laufenden Betriebs. Wenn es eine Sporthalle gäbe, möchten Schulen und Vereine diese zu möglichst geringen Kosten oder gratis nutzen.

Wir meinen eine kostengünstige Sporthalle ist Teil einer Serviceleistung der öffentlichen Hand für die Bevölkerung. Allerdings täten wir uns viel leichter, wenn die Gelder vom Verkauf der Sparkasse nicht in die Sparkassenstiftung geflossen wären, sondern der Gemeinde und somit den Gemeindegewerbetreibenden zu Verfügung stünden.

In der letzten SPÖ-Zeitung stand zur Gemeindegewerbetreibenden mit Apfelberg: „Dass FPÖ und KPÖ damit den Eindruck erwecken, sie wollen mit der Apfelberger Bevölkerung nichts zu tun haben, ist mehr als bedauerlich“ **Das ist absurd!**

Die ApfelbergerInnen wurden 2012 zur Gemeindegewerbetreibenden mit Knittelfeld, Flatschach, Kobenz und Spielberg befragt. Bei einer Wahlbeteiligung von 75,1%



Steiermärkische
SPARKASSE
In jeder Beziehung zählen die Menschen.

Aus dem Gemeinderat

Sommerkindergarten Heuer hat es keinen durchgängigen Sommerkindergarten gegeben. Es wäre für berufstätige Eltern wichtig hier - in Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden - eine Lösung zu suchen. Das hat die KPÖ in der letzten Sitzung angeregt.

Reptilienauffangstätte Das Land errichtet in Kobenz eine Auffangstelle für Reptilien. Deshalb wurden rund 3.000 m² Gemeindegrund zu einem Preis von 90.000 Euro an das Land verkauft.

Auslagerung Kindergarten Gegen die Stimmen von KPÖ und ÖVP wurde die Volkshilfe mit der Führung der alterserweiterten Kindergartenengruppe im Kindergarten Kärntnerstraße betraut. Das ist somit das erste Mal, dass die Gemeinde eine Kindergartenengruppe nicht mehr selbst führt.

Kein Zuschuss mehr KPÖ-GR Franz Moharitsch hat nachgefragt, wie es nach der Bezirkszusammenlegung mit dem Zuschuss der BH für die Ferienaktion steht. Der Bürgermeister konnte die Frage nicht gleich beantworten. Später berichtete er, dass der Zuschuss gestrichen sei. Eine weitere Verschlechterung durch die Bezirkszusammenlegung.

haben sich 77,3% für eine eigenständige Gemeinde Apfelberg ausgesprochen - ein eindeutiges Votum. Eine weitere Bürgerbefragung über die Zusammenlegung nur mit Knittelfeld gab es nicht. **Der Knittelfelder Gemeinderat hat sich kein einziges Mal mit den konkreten Auswirkungen der Zusammenlegung befasst.**

Für eine Fusion auf Augenhöhe braucht es Zeit und verpflichtende Zusagen - und kein Drüberfahren. **Demokratie sieht für uns anders aus. Deshalb haben wir der Zusammenlegung nicht zugestimmt.**



BINDER GMBH
WILLKOMMEN BEI UNS!
8720 Knittelfeld, Schulgasse 11,
Tel.: 03512 / 820 25
office@kuechen-binder.at

KÜCHENSTUDIO (K) RAUMGESTALTUNG (R) TISCHLEREI (T) ELEKTROGERÄTEMARKT (E)



STEIERMARK 27.3. BIS 9.4.

Die Arbeiterkammer hat auf die Gesetzesgestaltung großen Einfluss. Ich kandidiere, damit die Klein- und Normalverdiener in der Arbeiterkammer eine stärkere Stimme haben.

Meine besonderen Anliegen:

- Kollektivvertragliche Rechte müssen eingehalten werden.
- Wohnen muss auch ohne Förderung leistbar sein.
- Leiharbeiter müssen wie Menschen und nicht wie Sachgüter behandelt werden.



Gerhard Simbürger
49 Jahre
Betriebsrat Stahl Judenburg

Einladung zum

Jahresbeginnfest der KPÖ

Montag, 27. Jänner 2014, Neues Volkshaus, Reselgasse, Beginn: ab 16.00 Uhr

Ein neues Jahr steht vor der Tür. Wir wollen zusammenkommen, reden, essen, trinken und gemütlich beisammensitzen und laden Sie/Euch herzlich dazu ein!

KPÖ-Knittelfeld-Spielberg-Zeltweg



Der richtige Denkkzettel für die Sozialdemokratie!



AK-Rat Kurt Luttenberger,
Betriebsrat bfi

Sprechstunde mit Sozialberatung

KPÖ-StR. Renate Pacher und DSA Karin Gruber

Donnerstag, 16. Jänner

KPÖ-Parteiheim in Knittelfeld
Friedensstraße 10, 11.00 -13.00 Uhr
Anmeldungen unter: 03512/ 82240

Unsere Internetadresse:
www.kpoe-steiermark.at



MITMACHEN!

Ändere die Welt - Sie braucht es



Wofür steht die KPÖ?

Nichts muss so bleiben wie es ist. Damit der Kapitalismus uns und die Erde nicht an die Wand fährt, brauchen wir grundsätzliche Veränderungen. Menschenwürde, Frieden, Völkerverständigung, Freiheit, Gleichheit und Solidarität dürfen kein unerfüllbarer Traum sein. Dafür kämpfen wir. Widerstand gegen das kapitalistische System ist dringend geboten

Elke Kahr:

Mieten und Betriebskosten, Öffentlicher Verkehr, der tägliche Einkauf, Strom, Heizung... Alles wird immer teurer. Die Lohnabschlüsse und Pensionserhöhungen bleiben hingegen hinter der Inflation zurück. Nur die KPÖ macht konkrete Vorschläge, wie diese Teuerungslawine aufzuhalten ist.

Ernest Kaltenegger:

Zu einem würdigen Leben gehört ein gesicherter Arbeitsplatz. Jeder Mensch muss die Möglichkeit bekommen, sich seinen Fähigkeiten entsprechend zu entwickeln und von seiner Arbeit menschenwürdig leben zu können.

Mitmachen!

Noch nie wurde so viel Reichtum geschaffen wie heute. Trotzdem ist der Großteil der Bevölkerung von sinkender Kaufkraft und steigenden Preisen betroffen. Die Armut nimmt zu, aber auch der Reichtum einiger weniger. Das muss nicht so sein. In einer Gesellschaft muss das Wohl aller und nicht der Profit im Mittelpunkt stehen. **Dafür treten wir ein, und mit DIR sind wir stärker!**



Sie wollen mitmachen? Wir freuen uns auf Sie!

Kontakt: KPÖ-Knittelfeld, Friedensstraße 10, 8720 Knittelfeld, Tel: 03512/8 22 40, E-Mail: kpoe.knittelfeld@aon.at